



AUS DEM STADTRAT



Prof. Dr. Reinhold Krampitz

* 16.07.1932 † 25.10.2017

**Wir trauern um das
langjährige Fraktionsmitglied
und den Ehrenstadtrat der
Landeshauptstadt Magdeburg**

**In unseren Herzen
lebst du weiter.
Im stillen Gedenken
an unseren
aufrichtigen Genossen**

**Deine Weggefährten
der Fraktion DIE LINKE/future!**



Liebe Leserin, lieber Leser!

Für viele unfassbar noch hat uns vor Kurzem ein fast allen vertrauter Wegbegleiter und treuer Genosse für immer verlassen: Reinhold Krampitz. Er hat über lange Zeit hinweg linke Kommunalpolitik in Magdeburg aktiv mitgestaltet, die Arbeit der Stadtratsfraktion geprägt und wurde als einer der ersten überhaupt zum Ehrenstadtrat der LH Magdeburg ernannt. Ohne Zweifel Grund genug, sich seiner in Würde zu erinnern. So ist diese Sonderausgabe in enger Zusammenarbeit mit unseren linken Ehrenstadträten entstanden.

Nie vergessen werde ich wohl, als wir uns das erste Mal nach der Abspaltung von Teilen der Linksfraktion vor etwa einem Jahr im Rathaus wiedersahen und er geradewegs auf mich zukam und rief: „Ach, komm mal her, Oliver, und lass dich umarmen: Wenn du Hilfe brauchst, ich bin für dich da!“, so der agile 84-jährige Reinhold und ließ mich einen wunderbaren Moment lang allen Stress und Ärger vergessen. Ja, so war er, ein wahrhaftiger Genosse an unserer Seite.

**Oliver Müller
Fraktionsvorsitzender**



Vorstellung von Reinhold Krampitz auf der Internetseite der PDS-Fraktion als Stadtrat für die Wahlperiode ab 1999:

Prof. Dr.-Ing. Reinhold Krampitz

- geboren am 16.7.1932 in Zeiðholz b. Hoyerswerda
- 1965 für den Magdeburger Kulturbund der DDR in die Stadtverordnetenversammlung Magdeburg gewählt
- 1990, 1994 und 1999 in den Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg wiedergewählt

Ehrenämter

- Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg.
- Mitgliedschaften in Stadtratsausschüssen: für Wirtschaft, Tourismus, regionale Zusammenarbeit; Energie. In Betriebsausschüssen städtischer Unternehmen: Abwasserbetrieb; Abfallwirtschaftsbetrieb.
- Vorstandsmitglied des AVW Allgemeiner Arbeitgeberverband der Wirtschaft Sachsen-Anhalt.
- Mitglied des wissenschaftlichen Beirates in der Initiative des Landes Sachsen-Anhalt *Bündnisse für Arbeit* zum Projekt „ISA Innovation schafft Arbeit“ im Auftrage des PDS-Stadtverbandes Magdeburg.

In schwerer Zeit politische Verantwortung übernommen ?

Nach schwerer Kriegszerstörung - die Not Magdeburgs war offenkundig als ich Mitte der 50iger Jahre meinen Berufsweg als Elektroingenieur in Magdeburg antrat.

Mein „Mit-Hand-Anlegen“ zum Wiederaufbau der Stadt mit ihren Industriebetrieben war gefragt. Viele Steine „reden mit mir“ und ich fühle, wie mir heute zusammengebrochene Betriebe des Maschinenbau-Leistungszentrums Magdeburg traurig nachschauen.

Ich ahne, die Fehler gelernt zu haben, die die DDR in ihr ökonomisches Desaster rissen - und zu wissen, warum die Bundesrepublik vom Innovationsweltmeister auf den 18. internationalen Platz, mit schlimmer Arbeitslosigkeit zurückgefallen ist.

Oft genug sehe ich mich geradezu in der Rolle des Weissagers, wenn die verheerenden Folgen der Fehler meiner Jung-Politiker-Kollegen eintreten. Mir scheint, ich werde noch als Korrektiv zu ungelenker politischer Ratlosigkeit und Strategieplaner für den sich wiederbelebenden Wirtschaftsstandort Magdeburg gebraucht.

Die PDS hat mich gefordert:
Leg´ noch mal mit Hand an!

Was soll werden ?

Dass ich manchem Behörden- und Politikbüro dabei unbequeme Reibflächen biete, das ist das Normalste und rührt mich überhaupt nicht. Freilich, korrekt kooperativ im Interesse der Sache muss es zugehen:

In den Bürger/-innen Magdeburgs steckt ein tüchtiges wirtschaftliches Kompetenz-Potenzial. Noch bietet der Wirtschaftsstandort Magdeburg keinen richtigen Wirkungsrahmen, in dem Bürgerklugheit und Investoren-Interessen für mehr Arbeit zusammenfinden.

Also: Schmieden und untermauern wir politisch Leitkonzepte auf deren Boden sich im Wirtschaftsraum Magdeburg - besonders aus dem Stamm hier heimischer Betriebe - Strukturen kooperativer Zusammenarbeit herausbilden können.

Ich ringe darum, in regionaler Politik und Behörden die Erkenntnis durchzusetzen, dass die Klein- und Mittelständischen Unternehmen als Träger von 69,7 Prozent aller Arbeitsplätze die überhaupt wichtigste Speerspitze gegen die Arbeitslosigkeit in Magdeburg sind.

Also: Fangen wir an, diese Unternehmen politisch unter ihrem wahren Wert für uns zu betrachten. Entwickeln wir ein System, mit dem wir uns kommunal-

politisch unterstützend an jedes Zipfelfchen dranhängen, wo unsere Unternehmen aus den überregionalen Märkten Arbeit nach Magdeburg „heranwürgen“. Noch gibt es Kritik, dass unsere regionalen Wissenschaftseinrichtungen zu wenig wirtschaftlich Umsetzbares zur Dämpfung der Sozialprobleme der Region leisten. Ich will mit meinen Erfahrungen zur Verbesserung beitragen. Nicht passieren darf, dass die Stadt ihre akuten Finanzschwierigkeiten auf dem scheinbar bequemen Wege aller möglichen Gebührenerhöhungen auf die Bürger zu übertragen sucht, oder sich in der Not zu kurz gedachter Einsparmaßnahmen verodet.

Also will ich mich dafür einsetzen, dass sich die Landeshauptstadt nicht zu einseitig als „Rufer nach Geld vom Land und Bund“ profiliert. Ich gehöre zu dem sich festigenden Kreis von Kommunalpolitikern, die strenger auch die anderen Seiten der kommunalen Finanzpolitik mit dem Rechenstift bewerten:

- Reduzierung der Ausgaben von Steuergeldern für wenig notwendige oder überzogene Projekte,
- Einleitung von Maßnahmenpaketen, in deren Wirkung sich die Stadt Magdeburg aus der wirtschaftlichen Gesundung ihres Territorialbereichs wieder höhere Einnahmen organisiert.

Reinhold Krampitz ist nicht mehr ...?

„Hallo Hans-Werner, hier bin *ich*“, so meldete er sich gewöhnlich zu Beginn unserer Telefongespräche. Reinhold und ich telefonierten früher öfter, um über unsere Stadtratsarbeit zu sprechen ...

Prof. Dr. Ing. Reinhold Krampitz war von 1990 bis 2004 Mitglied unserer Stadtratsfraktion und in dieser Zeit lange unser wirtschaftspolitischer Sprecher, Mitglied im Aufsichtsrat der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Magdeburg mbH und in weiteren Gremien tätig. Seinen immensen Schatz an Wissen und Erfahrungen als Stadtverordneter in der Bezirksstadt Magdeburg brachte er auch noch nach der politischen Wende selbstlos und unbeirrt von hinterhältigen wie offenen Anfeindungen in unsere kommunalpolitische Arbeit ein.

Wir haben viel von ihm lernen können. Ohne Reinholds Sachverstand und seine Besonnenheit, seine tiefe Verbundenheit mit den Magdeburgerinnen und Magdeburgern wären die großen Erfolge der PDS-Stadtratsfraktionen in den Jahren 1990 bis 2004 und darüber hinaus wohl nicht erreicht worden. Seine Autorität trug zu unserem guten Ruf bei, den wir uns einst erkämpft hatten.

Er gehört in die erste Reihe derer, die im Jahr 2004 für die außerordentlich große Zustimmung in der Bevölkerung und unser damaliges, sensationelles Kommunalwahlergebnis von 17 Stadtratsmandaten gesorgt haben. Ich bin stolz darauf, mit einem solchen Genossen zusammengearbeitet zu haben.

Es war eine intensive, ja atemberaubende Zeit für mich und alle, die sich aktiv in die Kommunalpolitik der Magdeburger PDS einbrachten.

Diese Leistungen prägen die Bilanz der Magdeburger PDS. Ich kann nur raten, sich diese Leistungen immer wieder mal anzusehen. Denn sie sind kein Schnee von gestern. Leider ist seit 2009 wenig Nennenswertes hinzugekommen.

Mit dieser Entwicklung hat sich auch Reinhold Krampitz nicht angefreundet. Natürlich hat er Wahlergebnisse akzeptiert und versucht, die Arbeit des Stadtverbandes der Linken mit wirtschaftspolitischen Inhalten zu bereichern. Resonanz haben seine schriftlichen Vorschläge bei den Parteioberen kaum, eher gar nicht gefunden. Statt dessen erlebten wir die Abspaltung eines Teils der Stadtratsfraktion der Linken in Magdeburg. Die Spalter nennen sich in absurder Weise „Links für Magdeburg“.

Mit den Ehrenstadträten aus den Reihen der PDS bzw. Linkspartei meldete sich auch Reinhold Krampitz im September 2016 zu diesem unfassbaren Vorgang zu Wort. Er hat den folgenden Satz unterschrieben:

„Als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker a.D. bleiben wir für unsere Heimatstadt engagiert. Von links her. Vor allem in der Sache, nicht nur mit Worten und schon gar nicht mit politisch-radikalen Phrasen. Wir stehen jenen zur Seite, die an unseren Meinungen und Erfahrungen anknüpfend für Magdeburg arbeiten wollen.“

Welche Arbeitserfahrungen verbinden sich in besonderer Weise mit dem Wirken von Reinhold Krampitz?

Er hat als erster sachlich die wirtschaftspolitische Lage Magdeburgs nach 1990 analysiert und uns so geholfen, den treuhand-organisierten wirtschaftlichen Niedergang als Chance für alternative Technologien am Wirtschaftsstandort Magdeburg zu begreifen. - Der Schwermaschinenbau geht unter, aber niemand nimmt uns die Abfälle der Stadt und der Region, so argumentierte er in den frühen neunziger Jahren. - Magdeburg als Standort neuer Recycling-Technologien war seine Erkenntnis. Damals kämpfte die schon dezimierte Restbelegschaft des SKET noch um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Leider vergeblich.

Innovativer Anlagenbau war damals nach Auffassung unseres Professors eine neue Herausforderung für den Wirtschaftsstandort Magdeburg. Für uns gab es daraus nur eine Konsequenz: Die von der damaligen großen „Fünf-Parteien-Koalition“ in der Stadtverordnetenversammlung vertretene Wirtschaftsförderung musste weg. Diese setzte hauptsächlich auf das Anlocken von so genannten Investoren. Wir haben dies mit der Forderung nach einer kommunalen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Magdeburg (GWM) verbunden. Die PDS-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung hat bereits 1993 den Gründungsbeschluss für die GWM gemeinsam mit den Fraktionen der CDU und der Grünen sowie der Regenbogenfraktion erzwungen. Das erfolglose Dezernat für Wirtschaftsförderung ist nach der Stadtratswahl im Jahr 1994 aufgelöst worden.



Vergeblich war einige Jahre später die Initiative der PDS-Fraktion im Stadtrat zur Sanierung der Rothenseer Teerseen. Die riesigen Teerseen waren eine Hinterlassenschaft der stillgelegten Großgaserei, die bald 100 Jahre lang aus Kohle Stadtgas und Koks erzeugt hatte. Kontaminiert waren der Boden und das Wasser auf dem ganzen Gelände. Die Idee der PDS, inspiriert durch Reinhold Krampitz, bestand darin, dass die zur Beseitigung der Umweltschäden notwendigen Anlagen in Magdeburg produziert und eingesetzt werden. Die Entscheidung fiel auf Landesebene anders aus. Wir mussten hinnehmen, dass die unfassbare Menge verseuchten Wassers und Bodens zur Verbrennung in die Niederlande transportiert worden sind.

Aber: Die in den folgenden Jahren durch den Stadtrat beschlossenen Schwerpunkte der Magdeburger Wirtschaftsförderung waren Kreislaufwirtschaft, innovativer Maschinenbau und Gesundheitswirtschaft. Für den zuvor erforderlichen Diskussionsprozess lieferte uns Reinhold Krampitz die sachlichen und fachlichen Argumente. Auch seine Beiträge für das „Magdeburger Stadtjournal“ belegten für eine große Leserschaft, die weit über unsere Parteigrenzen hinausging, immer wieder die hohe Kompetenz unserer wirtschaftspolitischen Arbeit im Rathaus.

Reinhold Krampitz wurde neben Frithjof Berfelde zwei Jahre nach seinem Ausscheiden aus jahrzehntelanger Stadtverordneten- und Stadtratstätigkeit der Titel „Ehrenstadtrat“ verliehen.

Diese beiden PDS-Kommunalpolitiker waren die ersten überhaupt, die diese Würdigung in Magdeburg erfuhren. Für uns war das nicht nur die längst fällige Anerkennung persönlicher Leistungen durch die Landeshauptstadt Magdeburg. Alle bei der Kommunalwahl 2004 wiedergewählten Fraktionsmitglieder waren auf das Engste mit der Arbeit unserer beiden Ehrenstadträte verbunden und fühlten sich gewürdigt. Auch mit fortschreitendem Lebensalter war Reinhold Krampitz aktiv. Er gehört zu den Gründungsmitgliedern der AG „Demokratische Linke in Magdeburg“. Immer wieder war er mit seinen Vorschlägen zur Stelle, wenn in der AG Beschlussanträge für Stadtparteitage ausgearbeitet wurden. Er berichtete der Arbeitsgemeinschaft auch des öfteren, welche Anregungen für linke Wirtschaftspolitik er der Landtagsfraktion der LINKE unterbreitet hat.



Reinhold Krampitz (2. von links) und Frithjof Berfelde (3. von links) wurden in der Stadtratssitzung am 07.09.2006 mit dem Titel Ehrenstadtrat ausgezeichnet

Reinhold verfolgte die wirtschaftliche Entwicklung aufmerksam und war in verschiedenen Gremien mit Wissenschaftlern und Unternehmern im Gespräch. Davon konnte jeder von uns profitieren.

Zuletzt sah ich Reinhold bei der AG „Demokratische Linke in Magdeburg“ am 2. Juni 2017. Thema war die Auswertung des Bundestagswahlkampfes des Stadtverbandes DIE LINKE. Auf unserem Nachhauseweg kamen wir noch einmal über unsere Unzufriedenheiten mit der Magdeburger LINKEN ins Gespräch. Am Damaschkeplatz haben wir uns voneinander verabschiedet - für immer, wie sich nun herausgestellt hat. Reinhold Krampitz ist am 25. Oktober 2017 verstorben.

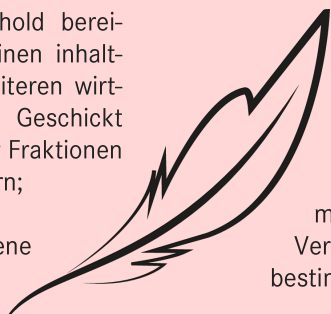
Hans-Werner Brüning
Ehrenstadtrat

Fraktionsvorsitzender 1990-2008
Magdeburg, Oktober/November 2017

Das Andenken an Reinhold Krampitz bewahren

Reinhold war ein Stadtrat zum Anfassern, bürgernah, besonnen und kämpferisch stritt er für die PDS und ihre Ziele; auf den Klausuren der Fraktion konnten wir auch die Person Reinhold kennen lernen, sein inniges Verhältnis zu seiner Frau, seine maleischen Talente, seinen Humor und seine soziale Wärme; Reinhold bereicherte jede Klausur mit seinen inhaltlichen Vorstellungen zur weiteren wirtschaftspolitischen Arbeit. Geschickt konnte er auch Räte anderer Fraktionen für seine Initiativen begeistern; aus der Feder von Reinhold stammt das erste geschlossene Wirtschaftskreislaufkonzept

für Rothensee (HW geht in seinem Brief darauf ein); als sich die Ehrenstadträte nach der Spaltung der Fraktion trafen, hatte Reinhold sich sofort bereiterklärt und schon erste Überlegungen, wie die LINKE wieder für die Magdeburgerinnen und Magdeburger erkennbar und nachvollziehbar werden kann, unterbreitet.



Er konnte wie kein Zweiter die täglichen Probleme der Menschen aufgreifen und zugleich mögliche langfristige Veränderungsziele bestimmen.

Das Produkt der Zusammenkunft der Ehrenstadträte habe ich im Oktober 2016 auf der Gesamtmitgliederversammlung vorstellen können.

Dieses Papier fand bisher weder im Stadtvorstand noch in der Fraktion Widerhall - auch hier stellt sich die Frage nach dem Umgang mit Reinholds Vermächtnis.

Gerald Grünert
Ehrenstadtrat

Magdeburg, November 2017

Globalisierung - belastet mit Kriegsgefahren !

Eigentlich liegt unter neuzeitlichen Bedingungen des Zusammenlebens völkischer Gruppen die weltumspannende Zusammenarbeit - vereinfacht „Globalisierung“ - in der Natur weltpolitischer Entwicklung. So musste es nicht erwartet werden, wie Ex-Außenminister Genscher dieser Tage, in der Mitteldeutschen Zeitung referiert, seine Sorge über das Aufflammen von rund um regionalen Kriegsbränden zum Ausdruck brachte. Wie Flächenbrände es an sich haben mit der Gefahr, dass die zu flächenhaften Großbränden zusammenwachsen.

Dem klug gebildeten Bürger sind die Ursachen für das Anwachsen der vom Zaune gebrochenen geopolitischen Gefährlichkeit wohl bewusst. Kaum ist er auf die Sorgenbilder verflössener Politiker angewiesen, so u. a. des einst in der Westpolitik beliebten Irak-Kriegsführes *Colin Powell*: „*Mit diesem Makel muss ich nun leben.*“ - wie von Journalisten der *MZ Mitteldeutschen Zeitung* am 20. März 2013 erfasst worden ist. Offenbar haben manche politische Entscheidungsträger in ihren Bildungsläufen das Element der *Wissenschaft des Denkens*, die Hegel-/Marxsche Dialektik in der Logik von Zusammenhängen (Brockhaus *Konversationslexikon des allgemeinen Wissens* 1908, Band 4, S. 863) an sich vorbeigleiten lassen.

„Die halbe Welt ist in Aufruhr“ - titelte die Süddeutsche Zeitung. Deutsche Politiker mögen sich in der Sonne neuer Unruhen des Kiewer Maidan gefühlt haben, fern ab von Ahnungen dialektischer Folgen. Hat man je davon gehört, dass sich russische Politiker in New York unter die Belagernden der *Wall Street* oder in Berliner Unruhe-Situationen gemischt hätten? Die Qualität von Schachspielern, denen man zugute hält bis zu 9 Zügen des Gegners vorauszukalkulieren, haben EU- und NATO-Politiker nicht. Verbindet sich das im Bundestag noch mit historischem Sachkunde-Unwissen, wie etwa das Geplaudere von Abgeordneten im

Bundestag „... Russland hätte sowieso keine tragfähige Industrie-Wirtschaft ...“, das erklärt krasse politische Fehlentscheidungen deutscher Politik. Glaubt man in den Reihen des Bundestages tatsächlich, dass Russland sein Industrie-Potenzial, mit dem der Kriegsmoloch des 3. Reichs opferungsvoll niedergeworfen worden ist, etwa vergessen hätte? Es ist populistischer Medien-Missbrauch, wenn Handelsbeziehungen des normalen Import-/Exportaustauschs, z. B. in der Lieferung von Maschinenbau-Ausrüstungen nach Russland, von polemisierenden Politikern des Bundestags als Schwäche dieses Landes stilisiert wird. In meinem Berufsleben war es uns wirtschaftlich wohltuend, dass wir die ganz großen 1000 MW-Generatoreinheiten, mit Wasserstoff-Kühlung (!), für eine sichere Stromversorgung der DDR aus Russland beziehen konnten. Bundeswehr und Brückenbauer sind auf russische Groß-Helikopter und Frachtflugzeuge für schwierige Transportaufgaben angewiesen. Russische Raumtransporter nehmen deutsche und amerikanische Wissenschaftler mit zur Raumstation MIR.

Allein stehen LINKE längst nicht mehr in der dialektischen Wertung der Umstände, die uns Deutsche (mindestens seit deutscher Beteiligung am Jugoslawienkrieg) in Gefährlichkeiten europäischer Kriegsgefahren geführt haben. Bayerische Unternehmerkreise reißen Details missratener deutscher Außenpolitik auf - seit Gorbatschow im Umgang mit nur „gemäßigten“ russischen Führern. Zum westpolitisch aufgerührten Unruheherd *Ukraine* die renommierte *Wirtschafts- und Finanzzeitung Deutschlands* - Handelsblatt: „*Entpört Euch! - Rückkehr zur Realpolitik, ... Putin ist nicht der ruchlose Aggressor*“, den Westpolemik versucht aus ihm zu machen.

Nun liefert die Bundesrepublik Waffenbestände an Griechenland und in nordafrikanische Krisengebiete. Befördert der Bundestag das nächste kriegerische

Aufflammen in türkischen Grenzregionen? So herauszulesen ist die Erlaubnis kriegsnaher Beteiligungen - wie Waffenlieferungen und Berater zu Kriegsführungen nun einmal sind - aus dem Grundgesetz Artikel 80 a nicht. Danach darf die Bundesregierung Rechtsverordnungen erlassen - der Waffenexport in Krisengebiete dürfte solch einer bedürfen, wenn der Bundestag den „Eintritt eines Spannungsfalles“ feststellt. Das meint das Grundgesetz allerdings in etlichen Artikeln nur im Sinne einer Bedrohung des Landes; oder gar des durch den Bundespräsidenten nach Artikel 115 a (3) zu verkündenden „X 10a- Verteidigungsfall“. Nicht, dass wegen verfehlter politischer Außenwirkung nach Grundgesetz Artikel 76 (Satz 25) unversehens der Fall neuer „Staatshaftung“ für die Bundesrepublik eintritt.

Nun hat die Bundesrepublik Dringlichkeitshilfen für verfolgte Völkerschaften im Nacken - mit Spendenaufrufen zum Heilen von politischen Obrigkeiten gemachter Fehler. Das ist Ausweis für den außenpolitischen Scherbenhaufen westlicher Politik, der vor 50 Jahren durch von Egoismen freie, außenpolitische Echt-Hilfen abzuwenden gewesen ist. Mindestens jetzt ist Zeit, am Beispiel der *Ukraine* mit einer zuverlässigen politischen Vorausschau nach Grundgesetzverpflichtung Artikel 79 (1) „Friedensstiftung“ zu beginnen; ohne einer Krim-Wodka-Laune Chruschtschows zu frönen. Gerade hierzu spielen Wirtschaftsbeziehungen eine friedensstabilisierende Rolle, zu der sich „der Westen“ in alt-machiawellischen Strafspielen gegenwärtig weiter unklug produziert.

Karl-Heinz Söhler, deutscher Unternehmer, Publizist und Lyriker (1923 - 2005)

„*Wo kämpfend sich die Menschheit quält, hat's meist nur an Verstand gefehlt.*“

Prof. Dr.-Ing. Reinhold Krampitz
08/2014

Warum habe ich den Appell „Keine Panzer für Erdogan!“ von Campact! auch unterzeichnet.

Ich gehöre den Resten der Generation an, der als Jugendlicher und überzeugt infiltrierter Hitlerjunge noch den 2. Weltkrieg erlebt hat. Ohne viel „organisiertes Aufhebens“ gab es von den Eltern den allgemeinen Schwur:

„Nie wieder Krieg, schon gar nicht von deutschem Boden aus gemacht!“.

Nicht mehr so recht ernst genommen zu werden - scheint mir ziemlich verbreitet - seht bitte auch, dass mein Vorschlag zum Eröffnungssatz zu unserem PT-Leitantrag wohl unter „ferner liefen“ abgehakt wurde.

Kennen unsere Jüngeren diesen „Schwur“ überhaupt noch?

Als 1945 die Front unsere Heimat, den Raum Hoyerswerda, erreichte, organisierte der NSDAP-Ortsgruppenführer „... müssen vor den Russen flüchten!“. Die russische Front überlief uns, Mutter mit 3 Kindern, in Höhe Dippoldiswalde. Vater wurde, schon etwas älter, 1 Jahr früher noch zum Volkssturm als „Verteidiger der Festung Breslau“ kommandiert. Voller Angst vor den „roten Horden“, wie man damals meinte, welch ein Wunder - in meinem gesamt überschaubaren Umfeld gab es keinerlei Übergriffe durch sowjetische Soldaten. Im Gegenteil, sehr schnell organisierte die sowjetische Militäradministration die Wiedereingangssetzung des Schulbetriebs. Erstaunen erzeugte das Herbringen hoch-angesehener russischer Kultur-Ereignisse - unter die Haut ging der hungernden Bevölkerung der Befehl (ich glaube mich zu erinnern, es war die *Befehls-Nr. 234!*) es sei zu organisieren, dass in den wieder in gang kommenden Betrieben täglich 1 Mittagessen an die Beschäftigten auszureichen ist. Dies hat mich auch als Elektrikerlehrling in einer Senftenberger Brikettfabrik über die Runden gebracht. Ja, es flammten fanatische Hitlerjungenführer auf, uns für den *Werwolf*-Untergrundkampf „gegen die Russen“ zu entscheiden - sehr

erfolglos. Ein Glück, dass wir Jungs so große Angst vor den Russen hatten. Russische Militärverwaltung und SED haben´s bewirkt. Aus meiner Arbeiter-Elternhauslinie mit am Ende 7 Kindern sind u. a. hervorgegangen 6 Ingenieure, 4 davon mit Universitätsausbildung. Für mich selbst am Beginn, dass mich „meine Brikettfabrik“ an die ABF (Arbeiter und Bauernfakultät) geschickt hat, mit dem Ziel in den niedergebombten Dresden/Rostock „Elektrotechnik u. Flugzeugbau“ zu studieren - eine Wissens-Gemengelage sehr passend, um im Magdeburger Maschinenbau berufliche Wurzeln zu schlagen. Das damals Schwierigste für meinen Freundeskreis: Wir mussten in den ABF-Antragspapieren aufschreiben warum wir "Dipl.-Ing." werden wollten, wo man doch in den Arbeiterfamilien das Wort gar nicht kannte. Und noch die verständlich-obligate Frage - Mitglied in faschistischen Organisationen? *Ja, Hitlerjugend.* Kaderdirektor: „1 x aufschreiben reicht! Dann könnt ihr die Papiere-Anfrage in irgendwelchen Bewerbungen ignorieren. Wir wissen über das Damals Bescheid.“

Das war DDR - samt des friedlichen „nach Hause-Gehen der russischen Streitkräfte“.

Ich gehörte zu den LINKS-Anonym-Auserwählten für die „Deutsche Parteimitglieder Studie 2017“ der Universitäten HANNOVER und SIEGEN. Oben Genanntes war auch bissel prägend für die Beantwortung der mir durch die Universitäten gestellten 50 Fragen.

Aus kirchlich tangiertem Elternhaus LINKS geworden, LINKS geblieben, weil LINKS vernünftig ist, wie mir in geschäftlicher Kollegialität einige westdeutsche Unternehmer bekannt.

**Prof. Dr. Reinhold Krampitz
Unternehmer
Ehrenstadtrat der LH Magdeburg**

Herausgeber:

Fraktion DIE LINKE/future! im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg

V.i.S.d.P.:

Oliver Müller, Fraktionsgeschäftsführer

Redaktion: Karina Schade-Köhl,

Fraktionsassistentin

Foto-/Bildnachweise: Fraktion DIE LINKE,

Freepik, Pixabay

Für den Inhalt der Texte haften die jeweils genannten Autorinnen und Autoren.

Soweit personenbezogene Bezeichnungen im Feminin oder Maskulin stehen, wird diese Form aus Gründen der besseren Lesbarkeit verallgemeinernd verwendet und bezieht sich auf beide Geschlechter.

Adresse:

Alter Markt 6

39104 Magdeburg

Tel: 0391/540 22 26

Fax: 0391/540 25 29

E-Mail: DIELINKE.Fraktion@magdeburg.de

Internetseite:

www.dielinke-magdeburg.de/
stadtratsfraktion

Senden Sie uns eine E-Mail und wir schicken Ihnen die Zeitung im PDF-Format zu!